Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Vorsteherin Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Referat zu einem aktuellen Thema

Die zahlreich erschienenen Gäste haben sich im Congress Center Basel eingefunden und werden von Dr. Gottlieb A. Keller, Präsident der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel (SVG Basel), begrüsst. Nach einer kurzen Einführung zum bevorstehenden Referat von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), überlässt Gottlieb Keller der heutigen Gastrednerin das Podium. Unter grossem Applaus betritt Bundesrätin Karin Keller-Sutter die Bühne.

Einleitend präsentiert Bundesrätin Karin Keller-Sutter eindrücklich, wie sich das Bevölkerungswachstum und der Wohlstand in der Schweiz im Laufe der Zeit verändert haben. So wandelte sich die Schweiz gegen Ende des 19. Jahrhunderts von einem klassischen Auswanderungsland – in dem die Zuwanderung nicht gerne gesehen wurde – zu einem Einwanderungsland, da mit der zweiten industriellen Revolution die Nachfrage nach Arbeitskräften angestiegen ist. Nebst der Einwanderung sind auch die hohe Geburtenrate und die stark steigende Lebenserwartung wichtige Faktoren, welche zu einem Anstieg der Bevölkerung in der Schweiz auf heute mehr als 8,5 Millionen Menschen geführt haben, im Vergleich zu den 2,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 1870, welches auch das Gründungsjahr der SVG Basel darstellt. Nicht weniger eindrücklich ist die volkswirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Das reale Bruttoinlandprodukt pro Kopf hat sich allein zwischen 1920 bis 2008 etwa verfünffacht. Es sei festzuhalten, dass das ausserordentliche Wohlstandsniveau der Schweiz ohne die hohe Zuwanderung nicht erreicht hätte werden können.

Die wichtigste Zäsur für die Migrationspolitik in der Schweiz erfolgte mit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002. Durch die engere Verflechtung mit den Nachbarstaaten hat sich auch die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger seit Einführung der Personenfreizügigkeit schweizweit verdoppelt. In der Schweiz gibt es täglich fast 350'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Trotzdem bleibt die Zuwanderung ein aus gesellschaftlicher Sicht schwieriges Thema. Dies kann anhand folgender drei Ereignisse aufgezeigt werden: Die Annahme der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative im Jahr 2014, die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und die Brexit-Abstimmung der Britinnen und Briten im Jahr 2016.

Die Personenfreizügigkeit ist der Schweizer Bevölkerung wichtig und wurde auch vom Bundesrat sowie vom Parlament stets verteidigt. Wie zentral diese Einigkeit gerade auch bei Abstimmungen ist, erläutert die Bundesrätin anhand einer Aussage des bekannten freisinnigen Aussenpolitikers Ernst Mühlemann, der sich während Beratungen zu den bilateralen Verträgen im Parlament für Einigkeit bei aussenpolitischen Fragen aussprach. Auch wenn die Zuwanderung nach Einführung der Personenfreizügigkeit vom Arbeitsmarkt gut absorbiert wurde, die Löhne weiter anstiegen und die Integration in der Gesellschaft positiv verlief, resultierte aus der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, dass die Offenheit der Schweiz keine Selbstverständlichkeit ist.

Nebst einer gefestigten europapolitischen Allianz und dem Vertrauen der einheimischen Bevölkerung nicht gegen günstigere ausländische Arbeitskräfte ersetzt zu werden, ist beim Freizügigkeitsabkommen die Steuerungskomponente ein zentraler Punkt. Da sich das Abkommen im Wesentlichen auf Personen bezieht, die in der Schweiz eine Arbeit ausüben, folgt die Zuwanderung mehrheitlich der konjunkturellen Entwicklung. Diese Hintergründe müssen in die vielfältigen Diskussionen einfließen, welche das Scheitern der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU oder die Zukunft des bilateralen Wegs aufgreifen. Ein wichtiges Anliegen bei den Verhandlungen zum Rahmenabkommen war der Erhalt einer gewissen Steuerungsmöglichkeit in zentralen Bereichen wie der Zuwanderungspolitik, der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik, um diese auch im Gleichgewicht halten zu können.

Auch wenn man über die Beendigung der Verhandlungen mit der EU zum institutionellen Rahmenabkommen – gerade in stark exponierten Grenzregionen wie Basel – enttäuscht ist, darf man davon ausgehen, dass der Bundesrat das Ziel nicht aus den Augen verloren hat. Denn die Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner der Schweiz sollen weiter gefestigt werden. Bei den

Diskussionen zum Rahmenabkommen ist nicht zu vergessen, dass die Schweiz mit der EU sowohl bei Schengen/Dublin als auch in vielen anderen Bereichen und insbesondere mit ihren Nachbarstaaten eine enge Zusammenarbeit pflegt. Somit darf das Referat durchaus mit der Zuversicht geschlossen werden, dass auch in Zukunft – basierend auf den bestehenden bilateralen Verträgen – die gute und enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der EU fortgesetzt wird.

Nach diesem positiven Ausblick wird das Referat durch eine Diskussion zwischen Dr. Gottlieb A. Keller und Bundesrätin Karin Keller-Sutter ergänzt. Anschliessend haben die Gäste die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Link zur Rede: [Statistik, Volkswirtschaft und Gesellschaft \(admin.ch\)](#)

Verfasserin: Julia Jankovic, 21.06.2021, RealWWZ